

Bayerns Krankenhäuser gegen bürokratische Pflegepersonaluntergrenzen

Viele Klinikverantwortliche sprechen sich für die Einführung eines bedarfsorientierten Bemessungssystems aus

Das Deutsche Krankenhausinstitut e. V. (DKI) veröffentlichte Ende Dezember das Ergebnis des aktuellen Krankenhaus-Barometers. In einer repräsentativen Befragung votierten 63 % der Krankenhausvertreter in Deutschland für ein verbindliches Instrument zur Ermittlung des patientenorientierten Pflegepersonalbedarfs anstelle der derzeit geltenden Pflegepersonaluntergrenzen.

„Auch die Verantwortlichen in den bayerischen Krankenhäusern lehnen Personalvorgaben grundsätzlich nicht ab, sie müssen aber die Vielfalt der Kliniken und die unterschiedlichen Organisationsformen berücksichtigen“ fordert der Geschäftsführer der bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) Roland Engehausen.

Die überwiegende Mehrheit der bayerischen Krankenhausgeschäftsführer bestätigen diese Einschätzung immer wieder. *„Die starren Vorgaben der Pflegepersonaluntergrenzen unterbinden jeglichen Handlungsspielraum und führen zu fatalen Auswirkungen wie Bettensperrungen und Patientenabweisungen“* so fasst Maria Schwaiberger, BKG-Geschäftsbereichsleiterin Krankenhauspersonal, die Rückmeldungen aus den bayerischen Krankenhäusern zusammen.

Um die Pflegepersonaluntergrenzen einzuhalten, musste lt. DKI bereits 2019 jedes zweite Krankenhaus in Deutschland Intensivbetten kurzzeitig schließen. Ebenso viele berichteten von einer zeitweisen Abmeldung einzelner Krankenhausabteilungen von der Notfallversorgung aufgrund von Unterschreitungen der Mindestpersonalbesetzungen.

„In der aktuell kritischen Situation wegen der coronabedingt weiter hohen Anzahl an Patienten, die insbesondere auch in bayerischen Krankenhäusern zu verzeichnen sind, entstehen dadurch vermeidbare Engpässe bei den Bettenkapazitäten insbesondere in der intensivmedizinischen Versorgung“ fügt Schwaiberger besorgt an.

Die BKG hatte sich bereits 2018 auf Bundes- und Landesebene dafür eingesetzt, die in vielen Krankenhäusern angewandte Pflegepersonalregelung (PPR) weiterzuentwickeln. Zusammen mit der Gewerkschaft ver.di und dem Deutschen Pflegerat legte die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) einen ersten Entwurf beim Bundesministerium für Gesundheit vor. Dieses Konzept basiert auf dem innovativen Ansatz einer Pflegepersonalbedarfsermittlung für das gesamte Krankenhaus.

„Unser Vorschlag wird von der Politik leider weiter nicht beachtet“ beklagt der BKG-Geschäftsführer. „Die erneute Ausweitung der Pflegepersonaluntergrenzen auf weitere Fachbereiche jetzt inmitten der Pandemiebewältigung und auch danach ist der falsche Weg.“

Die BKG appelliert eindringlich an die politisch Verantwortlichen aller Parteien, sich für eine Form der Personalbemessung einzusetzen, die auf dem krankenhausesindividuellen Bedarf an Pflegenden beruht.

Von 18. Januar bis 4. Februar erläutert die BKG zusammen mit den Krankenhausgeschäftsführern bei ihren virtuellen Jahresauftaktgesprächen für alle sieben bayerische Bezirke zahlreichen Bundestagsabgeordneten dieses und weitere drängende Probleme in den bayerischen Kliniken.

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft ist der Zusammenschluss von etwa 190 Krankenhausträgern mit über 360 Krankenhäusern und insgesamt ca. 75.000 Betten in Bayern. Etwa 3 Millionen Patienten werden jährlich in den bayerischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Zusätzlich versorgen die Kliniken im Freistaat über 2,5 Mio. ambulante Notfallpatienten. Die bayerischen Krankenhäuser erbringen hierfür das gesamte Leistungsspektrum der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Bayerns. Über 210.000 Menschen der verschiedensten Berufe beziehen ihr Einkommen von bayerischen akutstationären Krankenhäusern, davon über 30.000 Ärzte sowie knapp 80.000 im Pflegedienst sowie etwa 100.000 in weiteren Berufen und Tätigkeitsbereichen im Krankenhaus. Etwa 13.000 Auszubildende in der Pflege sowie etwa 2.300 in einer Vielfalt von weiteren Ausbildungsberufen werden in den Kliniken im Freistaat ausgebildet.
(Stand: 01/2021; Quelle: Statistisches Bundesamt Destatis sowie BKG)